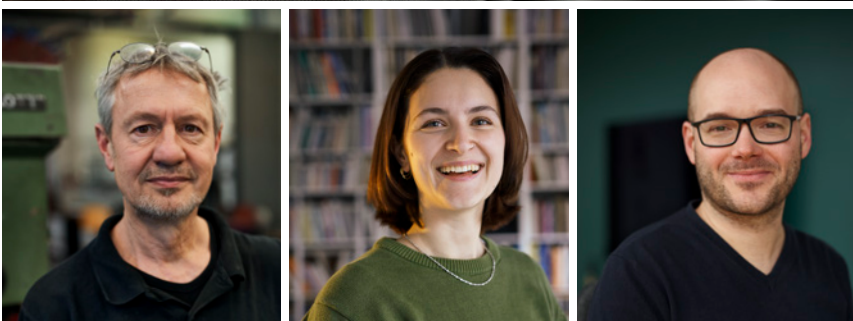


Volksentscheid Berlin 2030 Klimaneutral

26.3.

„Ich lebe gerne in Berlin.
Ich wünsche mir, dass das so
bleibt. Dafür müssen wir
jetzt loslegen, die Zeit drängt.“

Foto: Neumann und Rodtmann



Alle Informationen zum Volksentscheid

- Meinungen aus der Bevölkerung
- Zahlen, Daten und Fakten
- Beispiele aus Städten und Kommunen

Sie haben die Wahl. Am 26.3.23

Win-Win für Berlin

Vielleicht haben Sie vom Klimavolksentscheid am 26.3.23 gehört, aber sind noch unsicher. Können wir uns Klimaneutralität bis 2030 überhaupt leisten? Geht das nicht alles viel zu schnell? Und bringt das überhaupt etwas, solange sich die anderen nicht genauso schnell bewegen?

Auf den folgenden Seiten wollen wir möglichst viele dieser Fragen beantworten. Wir möchten, dass Sie, liebe Leserin und lieber Leser, sich ein eigenes Urteil bilden. Wie auch immer Sie sich entscheiden: Wir würden uns freuen, wenn Sie zur Wahl gingen.

Mehr als 100 europäische Städte haben sich bereits auf den Weg gemacht, ebenfalls bis 2030 klimaneutral zu werden. Paris, Barcelona, Stockholm und viele weitere. Wir denken, dass mehr und schnellerer Klimaschutz auch besser für Berlin ist. Mit dem Volksentscheid haben wir jetzt die Möglichkeit, dem neuen Senat hierfür eine klare Richtung vorzugeben.

Können wir 3,7 Millionen Berliner*innen das auch? Wir sagen JA. Lesen Sie, warum.

Ihr Zeitungsteam vom Bündnis
„Berlin 2030 Klimaneutral“

Wie alles begann

Es waren „ganz normale“ Berliner*innen, die im Jahr 2019 zusammen kamen, um etwas gegen die Klimakrise zu unternehmen. Seitdem sammelten sie erfolgreich Stimmen auf den Berliner Straßen. Das Ergebnis: Ende 2019 rief Berlin als erste deutsche Stadt die Klimanotlage aus, 2022 führte der Senat einen Klimabürger*innenrat durch, und ebenfalls im vergangenen Jahr gelang das Volksbegehren „Berlin 2030 Klimaneutral“, welches nun zum gleichnamigen Volksentscheid am 26. März führt. Die Gruppe „Klimaneustart Berlin“ ist inzwischen stark gewachsen, aber die Essenz bleibt: Sie ist nicht an politische Parteien gebunden und hat das Ziel, den Austausch zwischen Bürger*innen, Wissenschaft und Politik auf Augenhöhe voranzutreiben. Mittlerweile wird der Volksentscheid von einem Bündnis aus mehr als 50 Organisationen unterstützt. ✘



Menschen aus Berlin: Die Initiative „Klimaneustart“

Foto: Klimaneustart

Worum geht es?

Vom Klimabürgerrat zum Volksentscheid

Berlin hat einen Klimabürgerrat erlebt. 2800 per Zufall ausgewählte Berlinerinnen und Berliner wurden angeschrieben und gefragt, ob sie mitarbeiten wollen. Die Idee: Gelöst wird so lange, bis die Zusammensetzung im Bürgerrat der ganzen Stadt entspricht – nach Geschlecht, Altersgruppen, Bezirk, Bildungsabschlüssen, dem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Am Ende waren 100 ausgelost. Sie haben beraten, mit welchen Maßnahmen Berlin so schnell wie möglich klimaneutral werden kann. Herausgekommen sind 47 Empfehlungen. Da hier ein Mini-Berlin am Tisch saß, lässt sich erahnen, auf welche Akzeptanz in der Berliner Bevölkerung ein wirklich wirksamer Klimaschutz bauen kann. Das Bürgergutachten ging im Juni 2022 an den Senat. Die Reaktionen waren wohlwollend, aber ohne Zielmarken: Vieles wird schon gemacht, Rücken-

wind für uns, manches werden wir umsetzen, manches teilweise, manches nicht, heißt es vom Senat. So weit so gut.

Was soll dann noch ein Volksentscheid? Ganz einfach, damit lässt sich verbindlich machen, was ein Bürgerrat nur empfehlen kann. Jede Bürgerbeteiligung – und sei sie noch so überzeugend – bleibt ein Ratschlag, verbunden mit der Erwartung, dass die Politik an der Sache und am Gemeinwohl orientiert entscheidet. Das passiert bestimmt oft, wird aber mitunter auch von parteipolitischen Interessen unterlaufen. Und was der noch auszuhandelnde Koalitionsvertrag in Sachen Klimaschutz vorsehen wird, steht in den Sternen. Mit einem Volksentscheid lassen sich verbindliche Entscheidungen fällen. Die Bürgerinnen und Bürger treten dann selbst als Gesetzgeber auf. Damit ist die direkte Demokratie Netz und doppelter Boden für die Bürger-

beteiligung, auch für den Berliner Klimabürgerrat.

Allerdings gibt es einen Haken, es müssen für einen erfolgreichen Volksentscheid zwei Bedingungen erfüllt sein: Die Mehrheit derer, die sich an der Abstimmung beteiligen, muss mit JA stimmen. Und diese JA-Stimmen müssen mindestens ein Viertel aller Stimmberechtigten ausmachen. Je mehr sich beteiligen, desto größer ist die Chance, dass die Abstimmung nicht an dieser Zustimmungshürde scheitert. Der Volksentscheid 2013 zur Rekommunalisierung der Stromversorgung war genau deshalb erfolglos, obwohl 83 Prozent mit JA gestimmt haben.

Mehr Demokratie setzt sich für starke Bürgerrechte ein. Zu dem, was zur Abstimmung steht, verhalten wir uns neutral. Worum es uns hier geht: Wie oft wird bemängelt und gemeckert, die Politik regiere durch oder sitze die Probleme aus. Jetzt können

Sie selbst Politik machen. Nutzen Sie Ihr Bürgerrecht, gehen Sie abstimmen!

Für den Klimabürgerrat wurden den Menschen ausgelost. Bei dem Volksentscheid haben alle Berliner Bürgerinnen und Bürger eine Stimme. Die wichtigsten Empfehlungen des Bürgerrates sind in dieser Zeitung abgedruckt. Informieren Sie sich, entscheiden Sie mit! Demokratie will gelebt werden. ✘



Ralf-Uwe Beck
Mehr Demokratie e.V.
Bundesvorsitzender



Oliver Wiedmann
Mehr Demokratie e.V.
Büroleiter Berlin

Was bewirkt der Volksentscheid?

Mit dem Volksentscheid am 26. März steht eine Änderung des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes zur Abstimmung. Ziel ist die Ausrichtung der Berliner Klimapolitik am 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, ändert sich das Gesetz direkt und muss umgesetzt werden. Konkret heißt das:

- **Klimaneutralität in Berlin** bis 2030 statt 2045.
- **Verpflichtungen statt Ziele:** Dadurch werden Lücken für politisches Nicht-Handeln geschlossen und Sanktionsmechanismen bei Pflichtverstößen möglich.
- **Sozial gerechter Ausgleich:** Die Umsetzung der Klima-Verpflichtungen darf nicht auf Kosten der Mieter*innen gehen.
- **Verminderung aller Treibhausgase,** nicht nur CO₂.
- **Reduktion vor Kompensation:** Nur, wenn keine weiteren Reduk-

tionen möglich sind, werden die noch verbleibenden Emissionen kompensiert – über seriöse und nachhaltige Mechanismen.

Wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen und mindestens 25% aller Wahlberechtigten (das sind ca. 608 000 Menschen) mit JA stimmen, tritt diese Änderung des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes automatisch in Kraft. Das heißt, die Politik müsste ab sofort entscheidende Maßnahmen ergreifen, um die klimaschädlichen Emissionen in Berlin bereits bis 2030 um 95% zu senken – und zwar sozial gerecht. ✘

Expert*innen unterstützen den Volksentscheid

Verpflichtungen statt Ziele sind nötig und möglich. Sie sind sowohl wirtschaftlich geboten als auch sozial gerecht. Im Vorfeld des Volksentscheids Berlin 2030 klimaneutral hat sich eine große Zahl von Fachpersonen zu einem Thinktank-Bündnis zusammengeschlossen: Goodfuture Berlin. In diesem Bündnis versammeln sich Expert:innen aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie, Gebäude, Verkehr, Konsum, Industrie, Landwirtschaft, Wald und Senken. Sie werden Berlins Weg zur Klimaneutralität bis 2030 tatkräftig unterstützen. Wir laden alle Berliner Unternehmen, Bürger:innen und Wissenschaftler:innen ein, sich unserem Bündnis anzuschließen und den gemeinsamen Weg zu einer klimafreundlichen Gesellschaft mitzugestalten.

Im Name der Expert*innen von Goodfuture Berlin. ✘

Quellen und Links auf berlin2030.org

Energie



„Man hört überall, Solar- und Windstrom seien viel billiger. Bei mir kommt aber bislang nur eine höhere Stromrechnung an!“

Micha, 53, Handwerker

Die Zukunft ist erneuerbar

Strom aus erneuerbaren Quellen – vor allem aus Sonnen- und Windkraft – hat fünf große Vorteile:

1. Kein fossiler Energieträger (Öl, Kohle, Gas) kann heute preislich noch mit erneuerbaren Energien mithalten. Eine Kilowattstunde aus Solar- und Windparks kostet in der Erzeugung je nach Standort 2 bis 8 Cent. Mit einer strombetriebenen Wärmepumpe beheizt man so 100 m² für unter 40 Euro im Monat. Davon sollte auch Berlin profitieren.

2. Erneuerbaren Strom produzieren wir in der Region und reduzieren damit strategische Unsicherheiten von Energielieferungen.

3. Bei der Transformation hin zu einer lokalen und regionalen Energieversorgung bleiben die Gewinne bei den Firmen und Menschen vor Ort. Hier empfehlen wir eine enge Partnerschaft

mit Brandenburg und der regionalen Bevölkerung.

4. Nicht zuletzt schützen wir damit das Klima, unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder. Mit der Umsetzung des Volksentscheides sparen wir 78 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ – und leisten somit unseren angemessenen Beitrag.

5. Erneuerbare Energie ist definitiv günstiger, braucht aber eine Anfangsinvestition. Solarzellen und Windräder müssen erst gebaut und bezahlt werden. Anschließend liefern sie nahezu kostenlose Energie für uns.

Natürlich kann man das als einzelne Person nicht alleine umsetzen. Es braucht die Politik, damit wir Flächen bereitstellen und finanzielle Anreize schaffen, um Investitionssicherheit zu gewährleisten. Der Strom muss preiswert an die Bewohner*in-



nen weitergegeben werden. Zahlreiche Studien (z.B. Energy Watch Group, 2021) zeigen, dass es geht. In kleineren Städten und Kommunen wie zum Beispiel dem brandenburgischen Feldheim im Kreis Treuenbrietzen hat man die Zeichen früh erkannt und ist seit vielen Jahren kom-

plett unabhängig in der Energieversorgung. Eine Kilowattstunde Strom kostet dort zwischen 12 und 17 Cent – das ist weniger als ein Drittel des Preises in Berlin. 100 km mit einem Elektroauto kosten dort nur 3 Euro. Und damit wird es dann machbar und billiger, auch für Micha. ✘

Foto: Neumann und Rodtmann, Tim Riedel

- Der Klimabürger*innenrat empfiehlt:**
- Stopp der Fördermittel für Gasheizungen und Umlenkung der frei werdenden Mittel für klimaneutrale Wärmetechniken
 - Bürger*innen unbürokratisch kleinere PV-Anlagen auf dem Balkon ermöglichen
 - Informative Wärme- und Heizkostenabrechnung

Ein Dorf schwimmt in Strom

Im brandenburgischen Dorf Feldheim hat man die Energie-wende schon geschafft. Eine Kilowattstunde Strom kostet dort mit 16 Cent weniger als ein Drittel von dem, was man im 80 km entfernten Berlin dafür bezahlt. Feldheim, ein kleiner Ort bei Treuenbrietzen, ist energieautark. Das Dorf mit rund 150 Einwohner*innen versorgt sich selbst mit Strom und auch mit Wärme aus der Biogasanlage und ist spätestens seit dem Ukraine-krieg zum Vorbild für Städte und Kommunen aus der ganzen Welt geworden. Wie hat man das geschafft? Mit Mut und Vision in Sachen Energieversorgung, als es noch nicht in Mode war.

Heute ist das Dorf mit einer Mischung aus Wind, Strom, Energiespeichern und Biomasse zu 100 % unabhängig in der



Das brandenburgische Feldheim produziert seit vielen Jahren Strom im Überfluss. Die Bewohner*innen verdienen mit und versorgen sich günstig mit eigener Energie.

Energieversorgung. Michael Knappe, Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen, zu der Feldheim als Ortsteil gehört: „Dabei brauchen wir nur einen Bruchteil des Stroms selbst, den Großteil exportieren wir ins Umland.“ Darüber hinaus gehört die Feldheim Energie GmbH, mit der die Windkraftanlagen betrieben werden,

den Bürger*innen vollständig selbst – und damit auch die Gewinne des Unternehmens, die in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen sind. Übrigens: Feldheim bietet Schulklassen Projekttag vor Ort an: „Am Ende des Tages seid ihr Profis in Erneuerbaren Energien!“ ✘

Foto: PR



„Wir haben uns entschieden, uns nicht das aktuell Mögliche als Ziel zu setzen, sondern das Nötige.“

Unsere Aufgabe ist es jetzt, das Nötige möglich zu machen!“

**Dan Jørgensen,
Minister für Klima und Energie,
Dänemark**

„Aus unserer Studie „Germany’s path to Freedom Energy“ folgt, dass Berlin realistisch bis 2030 klimaneutral sein kann. Günstige Energie senkt dabei Lebenskosten – Berlin muss nur wollen.“

**Jamie Arbib,
Co-Founder ReThinkX**

3 700 000 000 000

Fast 4 Billionen Euro Gewinn machten die Öl- und Gaskonzerne im letzten Jahr. Davon kann man über 100 Jahre alle Ausgaben des Landes Berlins finanzieren.

Fotos: ReThinkX

Wohnen



„Ich bin so froh, dass mein Vermieter meine Wohnung super gedämmt hat. Ich heize den ganzen Winter kaum und habe trotzdem 20 Grad.“

Eva, 23, Studentin

Sanieren lohnt sich

Explodierende Wohnkosten sind eines der dringendsten Probleme dieser Stadt. Mit dem Volksentscheid Berlin 2030 Klimaneutral senden wir ein weiteres starkes Signal an die Politik, dass sie sich stärker um den sozialen Ausgleich kümmern muss. Wo soll das Geld herkommen? Tatsächlich rechnet es sich mit 4-6% der Investitionskosten, Häuser zu dämmen und mit elektrisch betriebenen Wärmepumpen zu betreiben. Es lohnt sich immer, Gebäude und Wohnungen klimaneutral zu machen. Das Geld für diese Investitionen muss aber jemand vorstrecken. Und hier kommt die Politik ins Spiel. Der Senat kann durch Zuschüsse und günstige Kredite die Mieter*innen und Eigentümer*innen unterstützen, solche Maßnahmen durchzuführen. Und die Einsparungen in der Heizkostenrechnung sind dann

höher als die Zinsen für den Kredit. Für eine klimaneutrale Stadt brauchen wir einen klugen Mix von Technologien für zentrale und dezentrale Wärmeversorgung. Die Erweiterung und Umstellung der Fernwärme ist ein wichtiger Baustein, es braucht saisonale Speicher, aber auch dezentrale Lösungen wie kalte Nahwärmenetze für Gebiete, die nicht ans Fernwärmenetz angeschlossen sind. Auf Einfamilienhäusern sorgen Photovoltaik und Speicheranlagen dafür, dass wir auch nachts und im Winter preisgünstig mit Wärme versorgt werden. ✕



Innovativ sanieren

In Deutschland müssen in den nächsten Jahren 3,4 Millionen Wohneinheiten renoviert werden und sind akut durch Regulierungen bedroht. Die serielle Sanierung soll Innovation und Geschwindigkeit in die Bauwirtschaft bringen. Durch digitale 3D-Planung und Vorfertigung können bis zu 80% der Tätigkei-

ten von der Baustelle in Fabriken verlagert werden. Kernstück ist die Vorfertigung und die schnelle Montage von industriell gefertigten Gebäudehüllen. Fassaden- und Dachelemente werden wie eine zweite Haut um das Gebäude gelegt. So können in wenigen Wochen Bauzeit extrem ineffiziente Bestandsgebäude in einen klimaneutralen Zustand gebracht und wieder nutzbar gemacht werden. ✕

Fotos: Neumann und Rodtmann, ECOWORKS

Fotos: ecoworks, Patrycja Lukasz, Quellen:

Alles technisch machbar

„Zur Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme sind erneuerbare Wärmepotenziale in einem ausreichenden Maße vorhanden. Eine Transformation der Wärmeerzeugung bis 2035 wird somit als technisch machbar eingestuft. Dafür müssen jedoch auch Wärmequellen im Berliner Umland erschlossen werden. Hinsichtlich der typischen Umsetzungszeiträume der Technologien wäre eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung aus technischer Sicht sogar bis 2030 machbar.“ Zu diesem Ergebnis kommt die „Potenzialstudie klimaneutrale Wärmeversorgung Berlin 2035“ des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE. ✕

Foto: Thermondo, ; Quelle: Fraunhofer IEE

Wie ein umgekehrter Kühlschrank

Steigende Gas- und Ölpreise sowie Vorgaben zu Nutzungspflichten erneuerbarer Energien bewegen immer mehr Eigenheimbesitzer dazu, über einen Heizungstausch nachzudenken.

Wer sich für eine Wärmepumpe interessiert, möchte künftig umweltfreundlich heizen und Betriebskosten sparen. Im Neubau arbeiten Wärmepumpen besonders effizient, doch auch für die meisten Bestandsgebäude eignen sich die modernen Heizungen und sind ökonomisch sinnvoll.

Als Wärmequelle nutzt sie Umweltenergie aus der Luft, dem Grundwasser oder dem Erdreich. Dabei arbeitet sie nach dem umgekehrten Prinzip des Kühlschranks und gibt sie in Form von Heizenergie an das Haus ab. ✕



Nach eigenen Angaben rüstet Thermondo Bestandsobjekte innerhalb von 3 Monaten um.



„Der Renovierungsmarkt in Europa wird auf ein jährliches Volumen von 770 Milliarden Euro geschätzt – 151 Milliarden Euro allein in Deutschland. Dafür braucht es serielle und bezahlbare Konzepte. Wir arbeiten bei ecoworks täglich an Lösungen gegen den Sanierungsstau.“

Emanuel Heisenberg, Gründer von ecoworks Gmbh



„In unserem Kernsegment kann ich, wenn ich mit Strom heize, perspektivisch CO₂-neutral heizen. Die Lösung dafür ist eine Wärmepumpe. Davon gibt es in Deutschland ungefähr 1 Million. Deutschland hat aktuell 16 Millionen Einfamilienhäuser. Wir brauchen also noch bis zu 15 Millionen Pumpen.“

Philipp Pausder, Gründer von Thermondo Gmbh

- Der Klimabürger*innenrat empfiehlt:
- Klimaschutzmaßnahmen dürfen sich nicht auf den Mietpreis auswirken
 - Verwendung nachwachsender Rohstoffe für Neubauten
 - verschiedene Wohnungstypen in einem Miethaus, um steigendem Flächenbedarf pro Person entgegen zu wirken

80%

des Energieverbrauchs in Wohnhäusern entfallen auf warmes Wasser und warme Räume.

8800000

t

CO₂-Emissionen für die Wärme in Berlins Gebäuden entsprechen 44% Gesamtemissionen von Berlin

40%

weniger Heizkosten im Monat sind in einer gut gedämmten 100qm-Wohnung mit Wärmepumpe möglich, wenn wir unseren Strom in der Region selbst produzieren.



Berlin Nikolaiquartier Realutopie 2045 by Render Vision / Reinventing Society. CC BY-NC-SA 4.0

Mobilität



„Wichtig ist doch, dass wir nicht Fahrräder, Fußgänger und Autos gegeneinander ausspielen. Wir wollen doch alle so gut wie möglich von A nach B.“

Christian, 36, Geschäftsführer eines Online-Handelsunternehmens

Verkehrspolitik überholen

Autos sind großartige Erfindungen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auch für Berlin. Es geht nicht um die Frage, für oder gegen Autos zu sein. Es geht darum, die Menschen in Berlin möglichst schnell, sicher, bequem, kostengünstig und umweltfreundlich an ihr Ziel zu bringen. Und das Problem dabei ist: Wenn alle ihr eigenes Auto nehmen, dann wird nichts davon erreicht. Nicht einmal für diejenigen, die im Auto sitzen.

Schneller, billiger, ruhiger und nachhaltiger wird es nur, wenn wir im Verkehr bessere Angebote machen, die dann zu einer sinnvolleren Nutzung des Verkehrsraums führen. Das Beispiel Kopenhagen zeigt es: Der Straßenbau führt zu mehr Autos, der Bau von Fahrradwegen führt zu mehr Fahrradverkehr. Ein besseres und günstiges Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln führt

zu mehr Nutzung von Bussen, Tram und U-Bahn. Das Angebot schafft die Nachfrage.

Zusätzlich braucht es natürlich auch einen schnellen Ausbau von Ladestationen für Elektroautos und die Förderung von Sharing-Angeboten und Fahrgemeinschaften. Dann schaffen wir gemeinsam eine Stadt, in der wir weniger Lärm, weniger Luftverschmutzung, weniger Stau und weniger Unfälle, dafür aber mehr Platz für Parks, Wege und Spielplätze sowie mehr Klimaschutz haben werden.

Was mit heutigen Benzinern und gasbetriebenen Autos ab 2030 geschieht, ist eine Aufgabe, mit der sich die Politik zu beschäftigen hat. Ebenso, dafür zu sorgen, dass allen Menschen eine attraktive Alternative angeboten wird. ✘



Kopenhagen macht es der Welt vor

In Kopenhagen hat man sich schon 2011 entschieden, bis 2025 klimaneutral zu werden. Seitdem sind die CO₂-Emissionen dort vor allem durch Ausbau von Windkraft und Fernwärme um 80% reduziert worden. Ein weiterer Sektor, in welchem Kopenhagen weltweit eine Spitzenposition einnimmt: Hier wird gern Fahrrad gefahren. 62% nutzen für den Weg zur Arbeit aus-

schließlich den Drahtesel. In nur 8 Jahren stieg der Gebrauch des Rades um 60%. Grund dafür ist ein tiptop ausgebautes System mit Fahrradbrücken über Autobahnen, Parkhäusern für Fahrräder und breiten Fahrradstraßen, die die Fahrt sicher, schnell und angenehm machen. Kopenhagen wird zwar erst 2 bis 3 Jahre verspätet klimaneutral, ist aber immer noch die erste Hauptstadt der Welt, die dieses Ziel erreicht. ✘

Fotos: Neumann und Rodtmann, VisitCopenhagen

Der Klimabürger*innenrat empfiehlt:

- Schnellere Taktung des ÖPNV und durchgängigen Nachtbetrieb
- Ausbau von Schnellbussen
- E-Carsharing auch in Außenbezirken



Katja Diehl, Verkehrsexpertin

„Ich will nicht gegen etwas arbeiten, sondern für Menschen. Ich will – auch für Leute im ländlichen Raum – eine Zukunft schaffen, in der sie die Wahl haben, kein Auto fahren zu müssen. Ich sage nicht: ‚Du sollst nicht Auto fahren!‘, sondern ich sage ‚Jeder Mensch sollte das Recht haben, ein Leben ohne eigenes Auto führen zu können‘.

Ich habe hier zwei Tonnen Stahl, die bewegen sich 45 Minuten am Tag mit 80 Kilo Mensch – ansonsten stelle ich sie in den öffentlichen Raum. Das macht doch keinen Sinn, oder? Ein entwickeltes Land erkennst du nicht daran, dass die Armen Auto fahren, sondern dass die Reichen die U-Bahn benutzen.“ ✘

Fotos: Amac Garbe, Idealo Internet GmbH



Albrecht von Sonntag, Gründer und CEO von IDEALO

„Na klar unterstütze ich den Volksentscheid, nicht nur als Vater von drei Kindern, sondern auch als Berliner Unternehmer. Wir müssen unsere Wirtschaft klimafreundlich umbauen, und je schneller uns das gelingt, desto erfolgreicher werden wir im internationalen Wettbewerb sein.

Ob das bis 2030 schaffbar ist? Klar ist jedenfalls: Nur mit echt ambitionierten Zielen kann man wirklich Großes erreichen. Denn das lässt uns anders über den Weg dahin nachdenken. Und jetzt mit vereinten Kräften loszulegen ist in jedem Fall besser, als kurz vor 2045 herauszufinden, dass wir früher hätten anfangen sollen.“ ✘

„Nachhaltige Mobilität bedeutet weit mehr als die Abkehr von Öl. Sie bedeutet vor allem kürzere Wege sowie die Reduzierung von Lärm, Staus und gesundheitsgefährlichen Emissionen. Wir benötigen eine wirklich nachhaltige Verkehrsstruktur.“

Claudia Kemfert, Leitung Energie, Verkehr und Umwelt im deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Die Verkehrswende – für die Logistik der Gemeinschaft

Der Berliner Wahlkampf hat extrem polarisiert – und das Auto stand plötzlich im Mittelpunkt. Doch die Mehrheit der Berliner*innen sind in erster Linie auf gute ÖPNV-Verbindungen und auf sicheren Fuß- und Radverkehr angewiesen. Nur etwa ein Viertel aller Wege werden mit dem Auto zurückgelegt.

Sicher hat das Auto auch einen hohen ideellen Wert, aber Berlin hat es auch verpasst, die Außenbezirke an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden. Dort haben Menschen Angst, keine ausreichenden Alternativen zu haben. Auch Handwerker*innen brauchen das Auto. Wichtig ist, dass Wege nicht abgeschnitten werden – es braucht Alternativen, die den Lebensrealitäten der Menschen entsprechen.

Laut Umweltbundesamt braucht es nur 150 Pkw auf 1000 Einwohner*innen, um den Be-

darf aller zu decken. Das ist etwa die Hälfte der Berliner Pkw. Damit schlug Berlin zwei Fliegen mit einer Klappe: Mit weniger Pkw reduzieren sich die Emissionen und in der Stadt wird Platz geschaffen für Alternativen.

Für Klimaneutralität muss die Gesellschaft mitgedacht werden: Kinder und Pendler*innen, die gute ÖPNV-Anschlüsse brauchen. Mehr Sicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen. Denn: Mobilität ist ein Menschenrecht.

Mit Kiezblocks, Begrünung und Entsiegelung, guter Infrastruktur und einem starken ÖPNV hat Berlin das Potenzial, aufzuholen. Wir können bald in einer Stadt leben, die nicht an Verkehrsinfarkt leidet. Wir könnten die Klimawende vorantreiben. Wir müssen es nur anpacken. ✘



Ragnhild Sørensen, Changing Cities

12,4^{km²}

Fläche Parkraum beanspruchen die 1,24 Mio. Pkw in Berlin. Das entspricht 1770 Fußballfeldern.

340 000

Berliner*innen sind nachts „besonderer Verkehrslärmbelastung“ ausgesetzt.

17,7^{km/h}

ist die Berliner Durchschnittsgeschwindigkeit zur Hauptverkehrszeit. Im Schnitt standen Berliner Berufspendler*innen im vergangenen Jahr

154^h

lang im Stau.

Lebensqualität



„Ich lebe gerne in Berlin. Ich wünsche mir, dass das so bleibt. Dafür müssen wir jetzt loslegen, die Zeit drängt.“

Katharina, 69, Unternehmerin

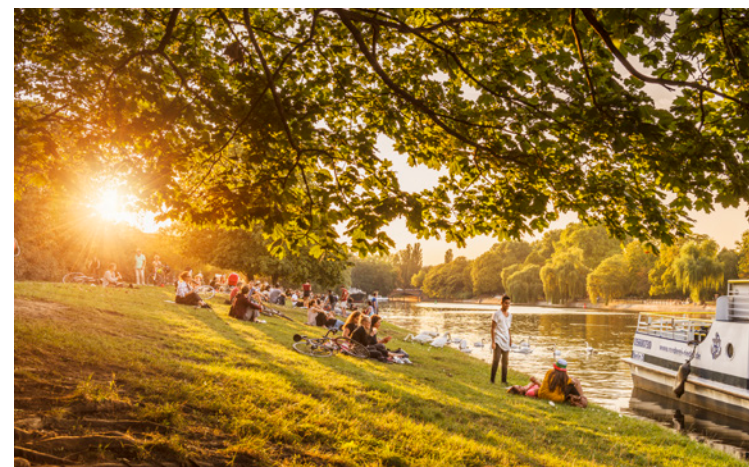
Orte der Begegnung und der Ruhe schaffen

Wir wollen auf nichts verzichten. Und darum engagieren wir uns für ein klimaneutrales Berlin schon 2030. Denn diese Stadt hat eine großartige Lebensqualität – und so soll es auch bleiben.

Es geht bei diesem Volksentscheid nicht in erster Linie um eine Jahreszahl. Es geht darum, die Politik zu verpflichten, dass sie sich mit Weitblick, Mut und Entschlossenheit für die Belange der Bevölkerung einsetzt. Die Wirtschaft dieser Stadt ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen jetzt die Weichen stellen für eine lebenswerte Zukunft. Was gehört dazu? Neben dem schnellen Rückgang unserer Treibhausgas-Emissionen müssen wir uns um unsere Parks und Grünflächen, um unsere Seen und Wälder, um unsere Stadtbäume, Kleingärten und Naherholungsgebiete küm-

mern. Weil das gut ist fürs Klima. Aber vor allem, weil das gut ist für uns Menschen. Damit schaffen wir Orte der Begegnung, der Ruhe und des Wohlbefindens. Damit kühlen wir die Stadt herunter während Hitzewellen. Damit speichern wir das Wasser bei Trockenheit und verhindern Überschwemmungen bei Sturzregen. Damit ergänzen wir unsere Versorgung mit gesunden, regionalen, klimafreundlichen und preiswerten Lebensmitteln, die wir immer öfter gemeinsam anbauen.

Wir finden, Berlin ist eine wundervolle Stadt. Dafür lohnt sich jedes Engagement! ✖



Berlin ist total grün, das soll auch so bleiben

Es gibt über 2500 Parks und Grünanlagen in der Stadt, 18% der Stadt ist Waldfläche, fast 7% Wasserfläche. Es gibt über 74 000 Kleingärten und über 600 000 Strassenbäume. Gleichzeitig ist aber genau diese einzigartige Natur in der Stadt durch die Veränderungen des Klimas extrem bedroht. Nur noch 4 von 100 Bäumen in Berlin sind laut Waldzustandsbericht voll-

kommen gesund. Da müssen wir ran, und viele Berliner*innen engagieren sich hier bereits. Neben der einzigartigen Kleingartenkultur bilden sich auch in den Innenstadtbzirken immer mehr Gemeinschaftsgärten und „Urban Gardening“-Initiativen. Über die Plattform giessdenkiez.de finden sich immer mehr Menschen zusammen, die sich um die Straßenbäume in ihrer Nachbarschaft kümmern. Das ist großartig! ✖

Fotos: Neumann und Rodtmann, vielBerlin

Der Klimabürger:innenrat empfiehlt:
– mehr Personal für Pflege öffentlicher Grünflächen
– Aufklärung für klimafreundliches Konsumverhalten
– Zero-Waste-Strategie in Schulen, außerschulisch und an Hochschulen

Berlin Urban Gardening

Das „himmelbeet“ ist ein Gemeinschaftsprojekt, welches sich – nach seinem Umzug vom Wedding nach Mitte – auf einer Grünfläche an der Gartenstraße/Ecke Grenzallee befindet. Auf die Frage, was das „himmelbeet“ ist, existieren bestimmt mehr Antworten als Würmer in unserem Kompost. Sollten wir sagen, was uns antreibt, es zu erhalten, dann ist es der Anspruch: das gute Leben für alle. Ein Versuch. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Foto: himmelbeet gGmbH

Mehr Gerechtigkeit – egal ob es um Bildung oder gute Nahrungsmittel geht: Viele Menschen haben keinen Zugang. Für viele ist es schwerer als für andere, für manche ist es ohne Hilfe unmöglich. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, unabhängig vom Geldbeutel.



Das „himmelbeet“ ist ein offener Gemeinschaftsgarten im Berliner Stadtteil Wedding.

Mehr Zusammen – weil niemand alles kann und gute Ideen Platz brauchen, teilen wir den Raum mit anderen. Wir verstehen uns darum als Plattform in der Nachbarschaft und darüber hinaus als Teil eines Netzwerkes, das unsere Ziele teilt – von der globalen bis zur lokalen Ebene.

Mehr Perspektive – soziale und ökologische Krisen sind

die Themen unserer Zeit. Nicht nur das sich ändernde Klima hat schwerwiegende Folgen. Abschottung kann keine Antwort auf globale Herausforderungen sein. Wir arbeiten intensiv zu den Themen gesellschaftliche Transformation & Zukunft der Stadt und sind fest überzeugt, dass ‚wertvoll‘ mehr bedeuten kann als ‚Geld!‘ ✖

„Bei der Begrünung von Dächern ist noch viel Luft nach oben. Bei Flachbauten können das Stauden, Sträucher und sogar flachwurzelnende Bäume sein – das schafft eine gute Hausdämmung und bietet Insekten einen ruhigen Platz zum Bestäuben. Dazu Schlinger, die die Hausfassade nicht angreifen ... Da geht eine Menge und macht die Stadt einfach lebenswerter!“

Luka Keutzer, Garten- und Landschaftsbauer

„Ich wünsche mir eine Politik, die vorausschauend und mutig ist und die in Deutschland und international Verantwortung übernimmt, auch für unsere Kinder und für zukünftige Generationen.“

Matze Hielscher, Buchautor und Podcaster

Die Stadt Berlin in Zahlen



Handeln

Barcelona, Stockholm, Paris und 109 weitere Städte sind schon dabei

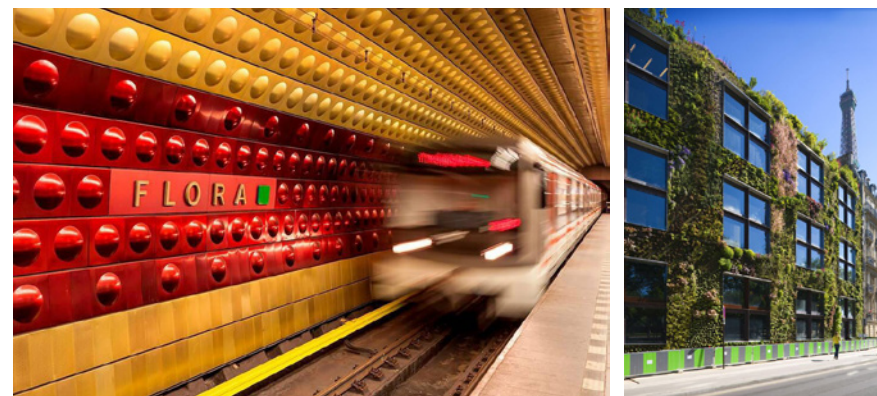
100 EU- und 12 europäische Partnerstädte wollen mit Hilfe der Europäischen Union bis 2030 klimaneutral werden. Sie sollen in saubere Transportmöglichkeiten und Grünflächen investieren und erhalten dafür Forschungsgelder und Beratung. Damit wollen sie Innovationszentren und Vorbilder in den Bereichen „Klima“ und „Digitales“ für andere Städte in Europa und der Welt werden.

Bürger*innen stehen bei dem Projekt im Mittelpunkt. Sie sollen durch neue Formen der Beteiligung zu Akteuren des Wandels werden und lebensnahe Verbesserungsvorschläge vor Ort beisteuern. Für Deutschland wurden Mannheim, München, Frankfurt/Main, Leipzig, Dortmund, Dresden, Münster, Aachen und Heidelberg ausgewählt. Mannheims Bürgermeister Peter Kurz: „Bereits der Bewerbungsprozess

war für uns als Stadt ein Gewinn, denn es wurde deutlich, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller in der Verwaltung, mit der gesamten Stadtgesellschaft und den Unternehmen dieses ambitionierte Ziel erreichen können.“

Die Städte-Mission bietet auch Möglichkeiten zur Vernetzung unter den Städten und zum Austausch guter Lösungsverfahren. 75 Prozent der EU-Bürger*innen und leben in städtischen Gebieten. Insgesamt verbrauchen städtische Gebiete mehr als 65 Prozent der weltweiten Energie und mehr als 70 Prozent der CO₂-Emissionen.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen: „Der grüne Wandel ist inzwischen in ganz Europa zu spüren. Aber es bedarf immer Wegbereiter, die sich selbst noch ehrgeizigere Ziele setzen. Diese Städte zeigen uns den Weg zu einer gesünderen Zukunft.“ ✕



Paris steht für grüne Fassaden, in Prag soll eine vierte Solar-U-Bahn gebaut werden, in Spanien sollen Solardächer subventioniert werden, London hat bereits autofreie Zonen.

Fotos: Agefotostock/Vinnaslide/ZUMA Press/Imago Images (3)

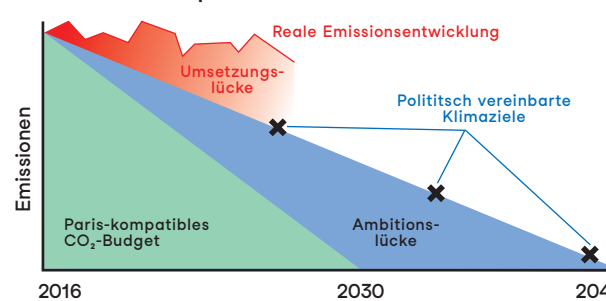
Fotos: Political-Moments/Imago Images, MarcoJustusSchaefer, Quelle: Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020

Das Bundesverfassungsgericht sagt: Wir müssen jetzt handeln

Klimaschutz darf nicht auf zukünftige Generationen abgewälzt werden. So urteilte das Bundesverfassungsgericht als höchstes deutsches Gericht im Jahr 2021. Die Regierung vertage das Thema derzeit unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030. Damit sieht das Gericht die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen bedroht. Die Richter erklärten, es dürfe nicht der aktuell erwachsenen Generation zugestanden werden, mit „vergleichsweise milden“ Anstrengungen „große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich die nachfolgenden Generationen umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würden“. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssten der Nachwelt in gutem Zustand hinterlassen werden, so das höchste Gericht. Geklagt hatten vorwiegend junge Menschen, unterstützt von einem Bündnis aus Klimaschutz-Initiativen. ✕



Ambitions- und Umsetzungslücke der deutschen Klimapolitik



„Wenn ich sehe, wie mutig sich andere Großstädte jetzt auf den Weg machen und ihren Verkehr und ihre Energieversorgung umstellen, für mehr Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung, finde ich: unser geliebtes Berlin sollte und vor allem kann hier definitiv mit vorangehen!“

Nora Tschirner, SchauspielerIn

Klima ABC

1,5-Grad-Ziel: Im Pariser Klimaabkommen wurde erstmals die Grenze von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung (im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung) definiert. Überschreiten wir diese, können Mechanismen in Gang gesetzt werden, die zu unumkehrbaren Folgen für Natur und Mensch führen.

Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG Bln): Aktuell will Berlin bis spätestens 2045 klimaneutral werden. Der Volksentscheid Berlin 2030 Klimaneutral am 26. März zieht den Zeitpunkt auf das Jahr 2030 vor. Aus unverbindlichen Zielen werden dann rechtsverbindliche Verpflichtungen für die Landesregierung.

CO₂-Budget: Der deutsche Ausstoß an Treibhausgasen pro Kopf liegt derzeit im Durchschnitt bei 11,2 Tonnen im Jahr und damit

60% über dem Weltdurchschnitt. Klimaneutral wäre ein Pro-Kopf-Ausstoß von ca. 1–2 Tonnen. Laut Weltklimarat dürfen, gerechnet ab 2020, noch 400 Gigatonnen CO₂ weltweit in die Atmosphäre abgegeben werden, um das 1,5-Grad-Ziel zu halten. Dieses Budget ist im Jahr 2030 aufgebraucht.

Energiewende: Die dauerhafte Versorgung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Strom, Wärme und Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien (EE). Dazu gehören Wind- und Wasserkraft, Sonnenstrahlung (Solarenergie), Wellen- und Strömungsenergie der Meere, Erdwärme (Geothermie) und Energie aus Biomasse wie Holz und Pflanzen. Ziel: teure und umweltschädliche Energien wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Kernenergie überflüssig zu machen.

Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Ausstoß und Aufnahme von CO₂ herzustellen, das heißt, Netto-Null-

Emissionen zu erreichen. Dazu müssen alle nicht reduzierbaren Treibhausgasemissionen aus Industrie, Gebäuden, Landwirtschaft und Verkehr durch Böden, Wälder und Ozeane in gleichem Ausmaß wieder gebunden werden. Bisher gibt es keine ausgereifen Technologien, die künstlich soviel CO₂ aus der Atmosphäre entfernen könnten, wie es zur Bekämpfung der Erderhitzung nötig wäre.

Nachhaltigkeit: Der Begriff stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet die Bewirtschaftungsweise eines Waldes, bei welcher immer nur so viel Holz gefällt wird, wie nachwachsen kann. Übertragen bedeutet das im Energiesektor „nachwachsende“ Ressourcen wie Sonnenenergie und im Bereich Wirtschaft, dass Ressourcen dauerhaft genutzt anstatt verbraucht und entsorgt werden.

Ökologischer Fußabdruck: Der ökologische Fußabdruck be-

zeichnet die Ressourcen (Böden, Wasser, Pflanzen, Luft), die entweder ein Mensch, ein Unternehmen oder auch ein Land benötigt, um den täglichen Lebensbedarf zu decken. Wenn alle Menschen so leben würden wie die Europäer aktuell, würden dafür fast drei Erden als Ressource benötigt. Weltweit beträgt der ökologische Fußabdruck aktuell knapp 2 Planeten pro Jahr.

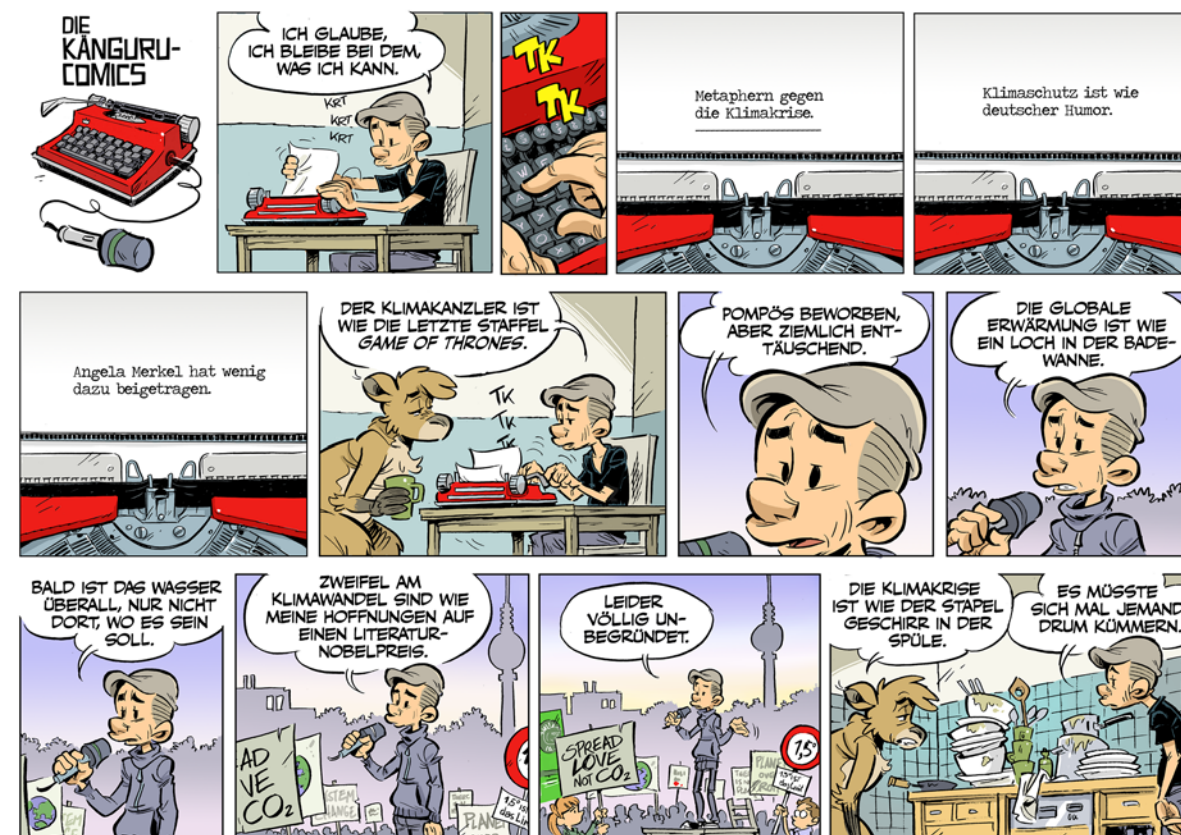
Pariser Klimaabkommen: Diese erste rechtsverbindliche weltweite Klimaschutzvereinbarung wurde im Dezember 2015 in Paris geschlossen. 197 Länder verpflichten sich darin, bis 2050 den weltweiten Temperaturanstieg auf weit unter 2 Grad zu begrenzen, sowie Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels umzusetzen.

Treibhausgase (THG): Treibhausgase führen zu einer Erwärmung in der Atmosphäre, da die Energie der Sonne von der Erde nicht mehr ausreichend zurück ins Weltall entweichen kann. Koh-

lendioxid (CO₂) und Methan sind dabei die wichtigsten vom Menschen verursachten Treibhausgase. Kohlendioxid entsteht vor allem bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe sowie bei der Zementproduktion. Methan entsteht hauptsächlich durch Tierhaltung, entweicht aber auch aus Gasleitungen.

Weltklimarat: Der Weltklimarat (englisch: IPCC) hilft Regierungen zu verstehen, was in der Klimakrise passiert und welche Folgen dies für Erde und Menschheit hat. Tausende von aktuellen Forschungen werden für die Erstellung eines Berichts von internationalen Wissenschaftler*innen geprüft. 195 Regierungen sind Mitglieder und 120 Organisationen Beobachter des IPCC. In seinem Bericht von 2022 warnt der IPCC eindringlich vor dem Tempo des Klimawandels. Er rät zu tiefgreifenden Treibhausgas-Minderungen und nachhaltigen Technologien. ✕

Illustration: Bernd Kissel, Text: Marc-Uwe Kling



5 Gründe, mit JA zu stimmen



Foto: Tom Meiser & Timo Schmid/Redutopien

1. Wir ändern direkt das Gesetz

Wenn mindestens 50% der abgegebenen Stimmen und 25% der Wahlberechtigten dafür stimmen, tritt das Gesetz automatisch in Kraft.

2. Für Unabhängigkeit und günstige Energie

Statt teures Öl und Gas zu importieren, erzeugen wir so viel erneuerbare Energie wie möglich lokal und regional.

3. Für Verantwortung

Als Hauptstadt der größten Wirtschaft in Europa gehen wir voran und investieren in unsere Zukunft. Das ist unser Beitrag für eine klimagerechtere Welt.

4. Für erfolgreiche Berliner Unternehmen

Mit dem klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft investieren wir in zukunftsfähige Technologien und in das Handwerk.

5. Für ein besseres Leben

Ein stabiles Klima und eine nachhaltige Wirtschaft sind zentral für unsere Lebensqualität. Damit Berlin grün, gesund und sicher bleibt.

Mehr als 100 Städte in Europa gehen den Weg bereits. Berlin sollte auch dabei sein!